

**Rede
von**

Philipp Meyn, MdL

zu TOP Nr. 15

Abschließende Beratung

**Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen
ausbauen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2711

während der Plenarsitzung vom 29.01.2025
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Reinken. Vor anderthalb Jahren habe ich Ihnen - auch als Praktiker - bereits gesagt, dass einige Punkte in diesem Antrag nicht funktionieren werden. Insofern war von diesem Punkt an klar, dass dieser Antrag, so wie er hier vorliegt, nicht unsere Zustimmung finden wird. Ich werde das inhaltlich gleich noch etwas auseinanderdröseln.

Im Ausschuss haben wir das in einer vitalen Debatte zum Ausdruck gebracht, und wir haben auch in Oldenburg darüber gesprochen. Insofern werde ich Ihnen das gleich noch mal darlegen.

Sie sprechen ja auch von einem Berufsorientierungstag, der eingeführt werden soll. Ich schaue hier ins Plenum und weiß, am 3. April ist wieder der Zukunftstag.

Er kommt vom Girls' Day, Boys' Day, jetzt sagen wir Zukunftstag. Das ist mittlerweile ein Berufsorientierungstag, der sich etabliert hat.

Von den Kammern, den Unternehmen, selbst von der Politik kommt ein riesengroßes Angebot. Von Jahrgang 5 bis - ab Jahrgang 11 ist das Interesse bezüglich eines solchen Tages nicht mehr so groß, sagen wir deshalb - Jahrgang 10 gibt es daran ein ganz großes Interesse. Insofern ist dieser Tag etabliert und gilt in vielen Schulen schon als ein Praxistag. Insgesamt haben wir ja 25 Praxistage dank des Erlasses von 2019. Insofern kann man sagen: Da steht wieder was an, und das ist auch gut so!

Denn es geht darum: Was möchte ich werden? Was kann ich gut? Worauf habe ich Lust? Das sind die Fragen der jungen Menschen. Und an diesen Fragestellungen haben wir im Ausschuss auch wirklich intensiv gearbeitet. Hinzu kommen volkswirtschaftliche Argumente wie Fachkräftemangel und auch eine geringere Studienabbrecherquote.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Reinken, erinnere ich mich wirklich noch mit Freude an die Diskussionen im Kultusausschuss und auch an die auswärtige Sitzung mit Frau Nzume und Herrn Prange in Oldenburg, wo genau diese Punkte mit zahlreichen Akteuren besprochen worden sind: IÖB Oldenburg, IHK, Handwerkskammer, Schulleitung waren vertreten.

Meine Frage in diese Runde: Wie viel von diesem Input - den Ideen, Anregungen - ist in den vorliegenden Antrag geflossen? Keine Neuerung ist dort eingeflossen!

Ich will jetzt nicht zu defizitorientiert vorgehen. Ich nenne Ihnen mal vier Punkte. Sie schreiben unter Nr. 3 von einer Pflicht, „im ersten Halbjahr der 9. Jahrgangsstufe einen wöchentlichen Berufsorientierungstag ... an den regionalen

berufsbildenden Schulen verpflichtend einzuführen“ und im zweiten Halbjahr soll ein Pflichtpraktikum für den gesamten neunten Jahrgang stattfinden.

Dazu sagen Praktiker: Funktioniert nicht. Denn vor Ort gibt es gar nicht so viele Praktikumsplätze in der Phase von Februar bis Juni, weil das ja alles aufs zweite Halbjahr verlagert wird. Zudem ist das eine Zwangskooperation, die sich ganz fundamental mit unserem Freiräume-Prozess und auch mit dem Prozess beißt, der 2018 in Gang gesetzt wurde, dass nämlich jede Schule im schulinternen Prozess für sich einen BO-Plan festgelegt hat. Das ist ja jetzt alles schon entstanden. Und Sie würde das alles wieder aufreißen. Insofern sage ich: Das funktioniert nicht. Und diese Kritik habe ich bereits bei der Einbringung deutlich gemacht.

Zweiter Punkt: Der Antrag der CDU-Fraktion verkennt, dass auch die BBSen Unterstützung im Berufswahlprozess für ihre Schülerinnen und Schüler benötigen. Anders als vorgeschlagen, sehen wir in der berufsbildenden Schule nicht nur eine Einrichtung, die den allgemeinbildenden Schulen ein Angebot macht, sondern sie benötigt auch Angebote für ihre Schülerinnen und Schüler.

Und - Wirtschaftskompetenz lassen wir auch noch einfließen - einige Wirtschaftsakteure sehen eine übermäßige Kooperation mit den BBSen durchaus kritisch. Sie wollen nämlich vielmehr für die Unternehmen vor Ort und die duale Ausbildung begeistern.

Dritter Punkt: Nr. 14 greift viel zu kurz:

„die Lehramtsausbildung für das Lehramt am Gymnasium dahingehend zu überprüfen und zu verändern, dass Beratungs- und Berufsorientierungskompetenzen im ausreichenden Maße vermittelt werden“

Ungenauer geht es kaum. Für richtige Beratungskompetenzen haben wir ja die Berufsberater der BA. Wir wollen vielmehr in dem Curriculum schon festschreiben, dass der fächerübergreifende Ansatz von der BO einfließt, sodass in jedem Fach - Bio, Physik; in jedem Fach - immer wieder Bezüge dahin hergestellt werden, wo sie später in Berufe münden könnten. Das macht es interessant für die jungen Menschen. Gegenwartsbezüge. Davon lese ich nichts in Ihrem Antrag.

Das wurde aber im Kultusausschuss durchaus besprochen.

Vierter Punkt. Sie schreiben:

„das Modell der sogenannten Potenzialanalyse an den Schulen zu implementieren“

Das ist Nr. 7. Die sogenannten Analysen nennen sich Profil AC, und das ist in der Praxis durchaus umstritten, denn Teile des Verfahrens gelten als schwer, mit einem hohen Kostenaufwand in der Praxis umsetzbar. Das muss dann auch evaluiert werden.

Ich schließe: Diesen Antrag, wie er hier vorliegt, haben Sie einmal runtergeschrieben, und Sie haben nichts mehr einfließen lassen. Dann können Sie beim besten Willen nicht erwarten, dass wir dem zustimmen. Wir sind aktuell in der Phase des Zurechtfindens, des Orientierens, und am Freitag geht's weiter. Dann legen wir unseren EA vor. Ich hoffe, für die zweite Halbzeit haben alle noch die Puste.

Vielen Dank.